Stand: 16.12.2025 00:35:11

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/11218

"Lehren aus 30 Jahren Tschernobyl - Ambitioniertere Klima- und Energiepolitik ohne Heranziehen von euphemistischen Zahlengrundlagen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/11218 vom 28.04.2016
2. Beschluss des Plenums 17/11301 vom 28.04.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 72 vom 28.04.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 28.04.2016 **Drucksache 17/11218**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Annette Karl, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Herbert Woerlein, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr** und **Fraktion (SPD)**

Lehren aus 30 Jahren Tschernobyl – Ambitioniertere Klima- und Energiepolitik ohne Heranziehen von euphemistischen Zahlengrundlagen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Konsequenzen aus einer jahrzehntelangen risikobehafteten Atompolitik zu ziehen.

Um die nuklearen Gefahren bis zum folgerichtig beschlossenen Ausstieg aus der Kernkraft im Jahr 2022 für die Bevölkerung und die Umwelt so gering wie möglich zu halten, müssen die störanfällige Blöcke des Atomkraftwerks (AKW) Gundremmingen zeitnah abgeschaltet werden.

Dem Anstieg von CO_2-Emissionen, der bei einer die Atomenergie ersetzenden Nutzung fossiler Energieträger unweigerlich anfällt, muss mit einer konsequenteren und effektiveren Klimaschutzstrategie und dem verstärkten Ausbau der Erneuerbaren Energien entgegengewirkt werden.

Begründung:

Sowohl die ältesten Siedewasserreaktoren in Deutschland mit zahlreichen noch immer unaufgeklärten Störanfällen, als auch der in diese Woche bekanntgewordene bedenkliche Zustand der IT-Sicherheit im AKW Gundremmingen erfordern einen beschleunigten Ausstieg. 30 Jahre nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl und fünf Jahre nach der atomaren Katastrophe von Fukushima sind noch immer viele schlussfolgernde Maßnahmen seitens der Staatsregierung nicht ergriffen worden.

Bei den Energie- und Klimaschutzzielen bleiben die bisherigen Ergebnisse hinter den erforderlichen und umsetzbaren Handlungsoptionen zurück. Statt den Ausbaustopp bei Photovoltaik-, Biogas- und Windkraftanlagen auf die begrenzten bundesrechtlichen Förder- und Ausbaubedingungen zu schieben, wie es die Staatsministerin Ilse Aigner praktiziert, muss ein integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept mit ehrgeizigeren Zielvorstellungen ausgearbeitet und das Potential bei den Erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz im Freistaat entsprechend ausgeschöpft werden.

Sowohl bei Klimaschutzstatistiken als auch bei Energiestatistiken zieht die Staatsregierung intransparente Berechnungsgrundlagen heran, die zu einer beschönigenden Erfolgsbilanz führen. Die Daten zum Ökostromanteil im aktuellen Energieprogramm des bayerischen Wirtschaftsministeriums werden ohne Berücksichtigung des Wegfalls der Kernenergie vorgebracht. Zudem fußen die Werte erstmals auf einer anderen Bezugsgröße, bei der nicht mehr der Stromverbrauch, sondern die Stromerzeugung als Ansatzpunkt dienen.

Im Klimaschutzprogramm Bayern 2050 zeigt sich erneut, dass keine transparenten und vergleichbaren Angaben gemacht werden. Bayern gibt seine Ziele nach der Quellenbilanz und in Emissionen pro Kopf an, statt wie national und international üblich auch die Verursacherbilanz aufzustellen und die Emissionsreduktion als Prozentabgabe in Bezug auf ein bestimmtes Jahresniveau zu nennen. Die nicht-energiebedingten Treibhausgasemissionen sollten der Vollständigkeit halber in die Bemessungen einbezogen werden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 28.04.2016 **Drucksache** 17/**11301**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Annette Karl, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Herbert Woerlein, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr** und **Fraktion (SPD)**
Drs. 17/**11218**

Lehren aus 30 Jahren Tschernobyl – Ambitioniertere Klima- und Energiepolitik ohne Heranziehen von euphemistischen Zahlengrundlagen

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

Reinhold Bocklet
I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures
Abg. Thorsten Glauber
Abg. Martin Stümpfig
Abg. Natascha Kohnen
Abg. Sandro Kirchner
Staatsministerin Ilse Aigner

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nun rufe ich **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Endlich Lehren aus Tschernobyl ziehen - Bayerische Ausbauziele bei Erneuerbaren Energien deutlich erhöhen (Drs. 17/11193)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ein Energie- und Klimaprogramm für Bayern - Ohne Atom, Öl und Kohle in die Zukunft (Drs. 17/11217)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Annette Karl u. a. und Fraktion (SPD)
Lehren aus 30 Jahren Tschernobyl - Ambitioniertere Klima- und Energiepolitik ohne Heranziehen von euphemistischen Zahlengrundlagen (Drs. 17/11218)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Glauber. Bevor der Kollege Glauber beginnt, gebe ich gleich bekannt, dass die Fraktion der FREIEN WÄHLER namentliche Abstimmung beantragt hat. – Bitte, Herr Glauber.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen, einzelne Abgeordnete nach der Mittagspause! Die Ministerin hat zu Beginn der Debatte gemeint: Jede Woche einmal. Ja, jede Woche einmal, aber diese Woche natürlich vor dem Hintergrund "30 Jahre Tschernobyl". Es ist doch, glaube ich, wichtig, dass wir die Energiede-

batte und die Debatte über die Zukunft der Energieversorgung in Bayern hier in diesem Haus führen. Es hat 30 Jahre nach Tschernobyl des Unglücks von Fukushima bedurft, bis wir uns entschieden haben, hier in Bayern und bundesweit aus der Atomkraft auszusteigen.

Jetzt gilt es, für die Zukunft den Blick nach vorn zu richten und zu sagen: Wie wollen wir eine Energieversorgung in der Zukunft schaffen? – Es ist in diesem Haus üblich, dass die einzelnen Fraktionen in vielen Bereichen eine Halbzeitbilanz abgeben. Zu dieser Halbzeitbilanz wollen wir heute auch die Debatte hier im Haus führen, zur Halbzeitbilanz der Bayerischen Staatsregierung, der Wirtschaftsministerin zur Energieversorgung in Bayern. Die Wirtschaftsministerin ist aus Berlin gekommen, um hier in Bayern Akzente zu setzen. Jetzt, nach, zweieinhalb Jahren gilt es, diese Akzente zu bewerten.

Wir schalten in Bayern sukzessive die Atomkraftwerke ab und wollen – dieses Ziel, hat die Staatsregierung ausgegeben – bis 2025 70 % der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien leisten. Wenn wir aktuell die Atomkraftwerke abschalten, sind wir bei 69,6 %. Das heißt, wir haben noch ein Ziel von 0,4 % der Stromerzeugung bis zum Jahr 2025. Ein solches Ziel kann sich die Ministerin doch nicht wirklich auf die Fahne schreiben. Das wollen wir als FREIE-WÄHLER-Fraktion nicht gelten lassen. Wir haben hier ganz andere Ziele. Wir wollen mit den erneuerbaren Energien, bei denen wir einst deutschlandweit die Akzente gesetzt haben, auch auf diesen Rang zurück. Wir spielen in der Energiepolitik nur noch eine untergeordnete Rolle; wir sind Mittelfeld. Vorne spielen andere Länder. Die Nordländer geben momentan den Ton an. Dort ist man in der Stromproduktion schon bei rechnerischen 100 %. Später wird mir der Kollege Kirchner wieder erzählen, dass wir ein Flächenland sind und dass es bei uns deutlich komplizierter sein wird. Fakt ist: Wir werden momentan mit 35 % erneuerbarer Energien bewertet, während andere Länder schon bei 100 % sind. Ich will nicht sagen, dass es leicht ist, 100 % zu erzeugen; das gestehen wir zu. Aber kein Ziel zu haben, das wollen wir als FREIE WÄHLER nicht akzeptieren. Da haben wir in Bayern ein viel

ambitionierteres Ziel. Früher haben sowohl der Wirtschaftsminister als auch der Ministerpräsident hier am Rednerpult ganz anders getönt.Das wollen wir wieder hören. Deshalb werden wir Sie daran messen, und zwar nicht anhand von Prozentzahlen, sondern von Zubauzahlen und Kilowatt- oder Terawattstunden. Sie verharren momentan nur noch in einer Prozentzahlendiskussion, befassen sich aber nicht mit den wirklichen Zubauzielen. Die Bevölkerung und die Kommunen, auch die Stadtwerke, stehen für die Energiewende. Sie stören sich genau daran, dass Sie keine Ziele mehr verfolgen und dieses Thema aufgegeben haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

In Ihrer letzten Rede haben Sie in diesem Haus völlig zu Recht gesagt, man kümmere sich viel zu sehr um die Stromwende. Da 16 oder 17 % der Gesamtenergiewende nur Stromwende sind, sind mit der Mobilität mit 25 % und der Wärme mit annähernd 60 % noch ganz andere Faktoren in den Fokus zu nehmen. Insofern sehen Ihre Bilanzen noch viel dramatischer aus; denn in der Wärmewende, die eigentlich ganz einfach realisierbar wäre, haben Sie bereits jetzt Ihr Ziel von 2025 erreicht. Aktuell haben Sie also mit 19 % das erreicht, was Sie eigentlich als Ziel angestrebt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schaue zur CSU-Fraktion. Es mag sein, dass es momentan ein 10.000-Häuser-Programm gibt. Aber ist es wirklich Ihr Ziel, mit einem 10.000-Häuser-Programm eine Wärmewende zu schaffen? Wo ist die starke bayerische Politik? Wo ist denn die steuerliche Absetzbarkeit für die Gebäudesanierung? – Es ist so einfach, hier sehr schnell Ziele zu erreichen. Wo gehen wir als Freistaat mit unseren 8.000 staatlichen Gebäuden voran? Wo sind wir da wirklich Vorbild? – Wer die im Haushaltsausschuss momentan permanent zu beratenden Nachträge anschaut, stellt etwa im dritten Nachtrag betreffend die Oberste Baubehörde fest: Kostenüberschreitungen von 40 %. Bei den Projekten "Obersalzberg", "Erstaufnahmeeinrichtung Regensburg", "Gärtnerplatztheater" usw. sind natürlich das Finanzministerium und Sie als Wirtschaftsministerin gefragt. Bei 8.000 staatlichen Gebäuden und einem so niedrigen Energiepreis wie zurzeit zu verharren, ohne von den Kosten zu sprechen,

das ist keine Zukunftspolitik. Bei den 8.000 staatlichen Gebäuden muss der Staat die Vorbildfunktion übernehmen. Da müssen wir vorausgehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Schauen wir die Energieeinsparverordnung an. In Berlin beschreiten Sie in der Großen Koalition mit der Energieeinsparverordnung, mit der EnEV 2016, einen Weg, auf dem Sie sich den Grenznutzen und die daraus resultierende Effizienz sehr teuer erkaufen. Das sage ich als Architekt aufgrund meiner Erfahrungen im täglichen Betrieb. Wir bauen momentan 50 Zentimeter dicke Wände aus Ziegeln. Gerade Ziegel ist der klimatisch richtige Baustoff. Dabei müssen wir die Gebäude automatisch be- und entlüften. Das ist nicht sinnvoll, wenn wir im Gegenzug nichts für die Altbauten tun. Das ist völlig kontraproduktiv. Da wäre in der Energieeinsparverordnung in Bezug auf die Fixierung auf PV-Anlagen die kombinierte Speicherung ein deutlich einfacherer und sinnvollerer Ansatz gewesen. Da wäre man in der EnEV deutlich weiter gekommen, als sich jetzt einen teuren Grenznutzen zu erkaufen und damit die Wärmewende zu behindern.

Nehmen wir als Autoland das Thema E-Mobilität. Zwei Jahre bitten wir Sie als Staatsregierung, sich dem Thema E-Mobilität endlich zu nähern. Wo sind denn Ihre Aussagen zur E-Mobilität? – Jetzt haben Sie in Berlin einen Kompromiss mit 5.000 Euro Anfangs- und Startfinanzierung für diese E-Mobilität gefunden. Eine steuerliche Absetzbarkeit für die Unternehmen der Lade-Infrastruktur wäre so leicht machbar gewesen. Es wäre auch leicht gewesen, den geldwerten Vorteil, den die Mitarbeiter über ihre E-Autos jetzt nicht angerechnet bekommen, zu berücksichtigen. Das wären letztendlich ganz einfache Dinge. Wo ist da Ihr verlängerter Arm nach Berlin? Wo ist da Ihr Engagement? – Ich habe hiermit aufgezeigt, wo Sie in Berlin deutlich zu wenig Akzente setzen und wo Sie in Bayern nichts tun wollen, warum auch immer. Das wäre das richtige Signal für die Wirtschaft und das Handwerk.

Die Industrie- und Handelskammer sagt zu Ihren Wärmezielen: Diese Ziele sind für die Industrie und den Handel eine Katastrophe. Das sollte auch Ihnen als Wirtschaftsministerin in den Ohren klingen. Wir haben nur noch ein Ziel: Wir hängen uns in Bayern – zumindest zur Hälfte – an die Braunkohletrasse. Daran wird auch die Große Koalition in Berlin nichts ändern können. – Frau Kollegin Kohnen lacht.

(Natascha Kohnen (SPD): Ich lächle!)

– Ja, Sie lächeln. Aber ich finde Ihren Antrag spannend, weil Sie darin zwar die CO_2-Ziele im Auge haben, sich aber gleichzeitig an die Braunkohletrasse hängen. Wir werden Ihrem Antrag zustimmen. Es ist schön, dass Sie in Bayern für die CO_2-Ziele einstehen. Aber gleichzeitig stützen Sie sich in der Bundespolitik lieber auf die Braunkohle. Das muss man ganz klar sagen.

Dem Antrag der GRÜNEN würden wir zustimmen. Aber Sie müssten sich überlegen, wie Sie hier am Rednerpult mit dem Thema Landwirtschaft umgehen. Wir können Ihre Ausführungen zum Thema "Ökologische Ziele in der Landwirtschaft" und die entsprechenden Kriterien nicht mittragen. Sie müssten zumindest erklären, wie Sie sich das vorstellen. Ansonsten werden wir uns enthalten. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist Herr Kollege Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Letzten Freitag hat unsere Umweltministerin, Frau Scharf, in New York den Klimavertrag unterzeichnet. Damit wird besiegelt, dass die Prinzipien des Klimaschutzvertrages unterstützt werden und dass die Länder, die den Vertrag unterzeichnet haben, alles unterlassen, was den Zielen des Abkommens schadet. Danach soll das Zwei-Grad-Ziel – eher noch das 1,5-Grad-Ziel – eingehalten werden. Es soll alles getan werden, damit die Klimaerwärmung nicht wei-

ter steigt. Aber dafür brauchen wir eine klare Analyse, klare Ziele und Maßnahmen. Diese Ziele sind in unserem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag, aber auch im Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER, dem wir zustimmen werden, formuliert.

Wir werden auch dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion zustimmen. Darin begrüßen wir die frühzeitige Abschaltung von Gundremmingen, die wir schon lange anstreben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Bezug auf die Ziele der Staatsregierung muss man ganz klar sagen: Hier herrscht wirklich Fehlanzeige. Viele Ziele sind schwammig formuliert, echte Zahlen sind nicht enthalten. – Frau Aigner, Sie verwenden einmal diese Jahreszahl, ein anderes Mal jene Jahreszahl. Man weiß nicht, wo wir stehen und wohin wir wollen. Das gipfelt in der Erkenntnis, dass uns auf unsere Schriftliche Anfrage hin zum Bereich der Wärme nicht einmal Daten genannt werden konnten. Da muss man also fragen: Wo steht Bayern momentan? Wo ist Bayern spitze? –Unsere einfache Schlussfolgerung lautet: Bayern ist spitze im Verschachteln, Tricksen und Täuschen. Das wollen wir ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vor lauter Verschachteln und Tricksen wissen selbst die Mitglieder aus der CSU-Fraktion nicht mehr, wo oben und unten ist. Herr Kollege Ritt hat letzte Woche zum Beispiel die CO_2-Emissionen in Bayern im Jahr 2014 mit 62 Millionen Tonnen benannt. Das sind knapp 11 Millionen Tonnen daneben. Das Leipziger Institut hat im Auftrag des Bayerischen Wirtschaftsministeriums eine Erhebung gemacht und kommt auf 73 Millionen Tonnen. Man merkt, selbst Sie können mit den ganzen Zahlen nicht mehr umgehen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf unsere Klimaschutzkonzepte zum Thema Wärme, Mobilität und Landwirtschaft. Wir liefern und zeigen Ihnen klar, wo wir in Bayern momentan stehen. Wenn Sie sich im Dschungel der Staatsregierung im Hinblick auf Jahreszahlen und Bezüge nicht mehr auskennen, nehmen Sie unsere

Konzepte zur Hand. Dort steht alles drin. Wir liefern. Wir beziehen uns in unseren Angaben auf sehr gute Quellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern geht bei der Energiewende die Luft aus. Bayern geht mit 10 H bei der Windkraft die Luft aus. Bayern geht die Luft bei der Photovoltaik aus. Jetzt liegt das Ausschreibungsergebnis mit 43 Megawatt vor. Über diesen minimalen Zugewinn können wir uns freuen. Das ist im Vergleich zu den Ausbauzahlen, die wir hatten, lächerlich. In den letzten drei Jahren sind die Ausbauzahlen um eine Gigawattstunde pro Jahr gestiegen. Momentan tut sich gar nichts mehr. Jetzt wird mit Ihrer Unterstützung in Berlin auch noch das einzige funktionsfähige Instrument der erneuerbaren Energien, das EEG, zerschossen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Bereich Wärme und Mobilität krebsen wir immer noch bei wenigen Prozenten herum. Ein Ansatz, wie die Zahlen relevant erhöht werden können, lässt sich nicht finden. Deswegen noch einmal: Das einzige Instrument, das wir im Strombereich haben, ist das EEG. Das wird von Ihnen zerschossen. Das trifft Bayern besonders hart, da der geringe Zubau, der noch erfolgt, nur noch außerhalb Bayerns stattfinden wird.

Ich bin mir sicher, dass der CSU-Redner einen Vergleich zu anderen Ländern ziehen wird. Im Vergleich zu anderen Ländern kann man auch sagen: Die Ausbauzahlen sind im letzten Jahr deutschlandweit zurückgegangen. Man muss jedoch genau hinschauen, wo die Zahlen zurückgegangen sind. Ein Rückgang hat in denjenigen Ländern stattgefunden, in denen bereits sehr viel ausgebaut wurde. Wir haben deutschlandweit mit 27 Kilowatt pro Quadratkilometer die niedrigsten Ausbauzahlen. Trotzdem geht es bei uns massiv nach unten. Unsere Ziele lauten: 1 + 1 + 1. Das bedeutet: Eine zusätzliche Terawattstunde pro Jahr Photovoltaikleistung, eine zusätzliche Terawattstunde pro Jahr Windkraftstrom sowie eine Terawattstunde Stromeinsparung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit könnten wir im Jahr 2025 zwei Drittel des Stroms aus erneuerbaren Energien beziehen. Der Rest kann importiert werden. Die angestrebten Stromeinsparungen werden wir vor allen Dingen durch flächendeckende Energieagenturen erreichen. Überall haben wir Kümmerer vor Ort, die zu den Themen Verbrauch, Wärmewende und Klimaschutz beraten. Deshalb sagen wir ganz klar: Die Welt ist nach Paris im Aufbruch. Bayern darf nicht stillstehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Ich gebe nun bekannt, dass auch die SPD für ihren Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Kohnen.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Glauber, vorhin habe ich gelächelt. Ich würde niemals lachen, wenn Sie vorne sprechen. Worüber habe ich gelächelt? – Ich habe über die populistische Braunkohle-Trasse gelächelt. Ich finde das auch ein wenig überflüssig. In der Debatte sind wir doch deutlich vorangekommen. Wir sind wesentlich weiter. Sie wissen genauso gut wie ich, dass die Trasse nicht im Braunkohlegebiet beginnt, sondern dort, wo die erneuerbaren Energien herkommen. Das ist eine blöde Beschimpfung, die wir nicht mehr brauchen. Wenn Sie die CO_2-Emission in unserem Antrag, auf den ich gleich noch kommen werde, ansprechen: Da geht es um etwas anderes als um Braunkohle.

Wir werden Ihrem Antrag zustimmen. Ihr Antrag ist jedoch etwas eingleisig. Welche Lehren ziehen Sie denn tatsächlich aus Tschernobyl? – Wenn man eine Lehre aus Tschernobyl ziehen kann, dann vor allem die, dass wir raus aus der Atomkraft müssen, weil wir sie nicht beherrschen. Wir wissen nicht, wo wir den Müll lagern sollen. Gestern ist ein erster Konsens zwischen Atomkraftbetreibern und dem Staat zustande gekommen. Möglicherweise wird man eine Stiftung gründen, in die eingezahlt wird,

damit die Müllentsorgung finanziell abgesichert ist, wenn die Firmen in 20 oder 30 Jahren nicht mehr so aufgestellt sind wie heute. Das heißt, wir müssen viele Lehren aus Tschernobyl ziehen. Eine davon lautet: Die Energiewende darf auf keinen Fall scheitern – weder in Deutschland noch in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Damit komme ich zu unserem Antrag. Liebe Frau Aigner, als Sie vorhin gefragt haben, was euphemistisch bedeutet, musste ich auch ein wenig schmunzeln. Ich habe extra noch nachgesehen, was euphemistisch bedeutet. Ich fange mit den schönen Übersetzungen an: mildernd, nett gedacht, beschönigend. Dann kommt: anstößiges Umgehen oder verschleiernde Absicht. Wenn Sie euphemistische Zahlengrundlagen verwenden, heißt das schlichtweg, dass Sie beim neu vorgelegten Energiekonzept – das ist aufgrund der Nachfrage der GRÜNEN offenbar geworden – Zahlen verwendet haben, die nicht sauber waren. Sie arbeiten mit Zahlen, bei denen es einem die Schuhe auszieht. Das wurde bereits dargelegt. Deshalb fordern wir: Arbeiten Sie mit sauberen Zahlen, wenn Sie Ausbauziele festlegen. Rechnen Sie die Atomkraft nicht hinein oder heraus. Bleiben Sie beim Stromverbrauch bzw. der Stromproduktion. Das haben wir immer so gemacht. Auf diese Weise ist die Vergleichbarkeit möglich. Ich spiele auf das Energiekonzept, das Sie kürzlich vorgestellt haben, an.

Ein weiterer Punkt ist sehr wichtig. Welche Lehre müssen wir noch aus Tschernobyl und Fukushima ziehen? – Die Reaktoren, die in Deutschland und insbesondere in Bayern extrem risikobehaftet sind – das ist Gundremmingen –, müssen vom Netz genommen werden. Für beide Reaktoren gibt es keinen Nachweis dafür, dass sie dem Absturz eines Flugzeugs standhalten. Beide Reaktoren sind nur genehmigt, weil die Neufassung des kerntechnischen Regelwerks von Bayern für das Kernkraftwerk Gundremmingen Ausnahmen durchgesetzt hat. Für Gundremmingen wurden somit Extra-Bedingungen festgelegt. In beiden Reaktoren werden die Abklingbecken nicht durch den Sicherheitsbehälter geschützt, anders als bei den Druckwasserreaktoren, die noch laufen. Das bedeutet, der Siedewasserreaktor von Gundremmingen ist hoch-

gradig gefährlich. In Gundremmingen haben beide Reaktoren nur einen Hauptkreislauf anstatt eines Primär- und Sekundärkreislaufs wie bei den Druckwasserreaktoren. Die beiden Reaktoren in Gundremmingen stammen aus den Sechziger- und Siebzigerjahren. Das sind technische Details, die eine Abschaltung der Reaktoren in Gundremmingen zwangsläufig notwendig machen. Anders formuliert: Sie können morgen oder erst in drei, vier oder fünf Jahren hochgehen. Wir wissen es nicht. Ein vorsorgender Staat tut jedoch gut daran, solche Hochsicherheitsrisiken abzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Was gehört noch zur Ehrlichkeit? – Herr Glauber, damit sind wir beim Thema CO_2, bei dem Sie gleich mit der Braunkohle-Trasse anfingen. Darum geht es mir nicht. Als Herr Söder noch Umweltminister war, hat er immer gesagt: Im Hinblick auf die CO_2-Emissionen sind wir in Bayern top. Das kann man so sagen, weil wir immer auf Atomkraft waren. Was ist an den CO_2-Emissionen nicht aufrichtig? – Herr Kirchner, vielleicht können Sie gleich etwas dazu sagen. Die Zahlen für die CO_2-Emissionen in Bayern werden nicht auf die gleiche Weise erhoben wie in den anderen Bundesländern und national. Das bedeutet, sie geben keinen Vergleichswert her. Sie machen schlichtweg eine Quellen- und keine Verursacherbilanz. Würden Sie eine Verursacherbilanz aufstellen, stünde Bayern im Vergleich so wie die anderen Bundesländer da. Aufgrund des Atomausstiegs werden wir selbstverständlich mehr CO_2-Emissionen haben. Das ist zwangsläufig der Fall. Sie müssen endlich von Ihrer bisherigen CO_2-Berechnung abgehen.Sie können auch einen Blick hinüber nach Baden-Württemberg werfen. Dort gibt es ein CO_2-Monitoring, das eine Vergleichbarkeit ermöglicht. Ein solches CO_2-Monitoring haben wir schon einmal verlangt. Frau Aigner, wir würden uns ein solches Monitoring wünschen; denn dann hätten wir eine echte Vergleichbarkeit mit den anderen Bundesländern. Uns würde ein solches Monitoring gut anstehen, da wir dann genau sehen könnten, wo wir noch Maßnahmen ergreifen müssen.

Damit komme ich zu dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN. Herr Stümpfig, ich habe bei der Nummer 1 Ihres Antrags, "100 Prozent Erneuerbare Energien im Strombereich bis spätestens 2030", gestutzt. Wir haben das aber vorhin geklärt. Diese 100 % können auch woanders herkommen. Herr Glauber, dann kommt aber die Leitungsfrage. Diese im Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN genannten 100 % an erneuerbaren Energien müssen nicht in Bayern erzeugt werden. Das macht es Herrn Kirchner vielleicht möglich, diesem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen.

Die Nummer 2 des Dringlichkeitsantrags der GRÜNEN ist für uns unproblematisch.

In Nummer 3 des Dringlichkeitsantrags der GRÜNEN geht es um "CO_2-freie Mobilität bis spätestens 2050". Wir begreifen diese Forderung als Zielvorgabe. Sie müssten genauer erläutern, was Sie mit den Wörtern "Verkehrsvermeidung" und "Verkehrsverlagerung" meinen. Scherzhaft könnte man meinen, Sie wollen den Verkehr ins All schießen. Das ist aber sicherlich nicht gemeint. Sie denken wahrscheinlich an die Schiene. Bei dem Begriff "Verkehrsverbesserung" müssten Sie konkreter werden, was damit gemeint ist. Betrifft das nur die E-Mobilität? Was soll alles unter diesen Begriff fallen?

Zur Nummer 4 des Antrags der GRÜNEN sage ich, dass wir uns bereits sehr stark für den Ökolandbau in Bayern einsetzen. Herr Kollege Scheuenstuhl ist bei diesem Thema dran.

Die SPD wird allen drei Dringlichkeitsanträgen zustimmen. Herr Glauber, es wäre schön, wenn Sie in Ihrem Dringlichkeitsantrag auch etwas über Energieeinsparung schreiben würden. Nichtsdestoweniger werden wir auch Ihrem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank. – Jetzt kommt Herr Kollege Kirchner.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, sehr geehrte Frau Ministerin, werte Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Kohnen, ich bin ein bisschen ver-

wundert, da Sie offenbar schon wissen, was ich gleich sagen werde, und mir außerdem vorschreiben wollen, was ich zu sagen habe. Da werden Sie sich täuschen. Sie haben die Wörter "verschachteln", "tricksen" und "täuschen" gebraucht. Im Hinblick auf Ihren Redebeitrag kann ich sagen: Sie versuchen, von den Inhalten Ihrer eigenen Anträge abzulenken. Darauf komme ich gleich.

Bei der Energiewende stehen für uns drei wesentliche Faktoren im Vordergrund: Erstens, die Versorgungssicherheit mit Energie, damit wir als Wirtschaftsstandort weiterhin vorne bleiben können; zweitens, die Bezahlbarkeit, damit sich die Menschen den Strom und die Energie auch leisten können; drittens, die Umweltverträglichkeit. Unsere Ministerin hat richtigerweise gesagt, dass eine Energiewende keine ausschließliche Stromwende sei. Dabei geht es auch um Wärme und um die Einsparung von Energie. Ich führe hier den schönen Satz an: Die beste Energie ist die, die gar nicht gebraucht wird. Der Freistaat ist dabei nach seinen Möglichkeiten aktiv geworden. Das ist durch das 10.000-Häuser-Programm zu belegen.

Bei der Diskussion über dieses Thema müssen wir uns nach den Fakten und der Realität richten. Bei verschiedenen Themen sind wir von der EU und vom Bund abhängig. Die Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den GRÜNEN haben die Möglichkeit, in den von ihnen regierten Bundesländern auf diese Themen Einfluss zu nehmen. All die Punkte, die Sie heute angeführt haben, sollten Sie über die Länder einbringen, in denen Sie regieren.

Für den Ausbau der EE ist das EEG wesentlich. Wenn wir uns den Referentenentwurf zum EEG vom 14. April ansehen, stellen wir fest, dass er Punkte enthält, die wir begrüßen, dass er aber auch Punkte enthält, die sich auf den Ausbau der erneuerbaren Energien im Freistaat elementar negativ auswirken. Natürlich wird mit diesem Gesetzentwurf mehr Wettbewerb ermöglicht, was wir auch wollen. Er ermöglicht auch eine bessere Steuerung, mit der der Ausbau kontrolliert werden kann. Alles in allem geht dieser Entwurf jedoch nicht weit genug und blockiert den Ausbau der erneuerbaren

Energien in Bayern. Bei der Biomasse besteht sogar die Gefahr, dass sie abgebaut werden könnte.

Während andere reden und ihren Einfluss dort, wo es geboten wäre, nicht geltend machen, wird Bayern initiativ und versucht, eigene Anregungen in den Entwurf einzubringen. Klar ist, dass das Ausschreibungsmodell umgestellt werden muss. Wir brauchen eine regionalisierte Ausschreibung, um eine Steuerung im Sinne Süddeutschlands zu gewährleisten. Damit meine ich auch das Land Baden-Württemberg, an dessen Regierung die GRÜNEN nicht unwesentlich beteiligt sind. Dort können Sie Ihre Interessen formulieren.

Wichtig ist die Wahrung der Akteursvielfalt. Diese ist notwendig, damit die Akzeptanz für den Ausbau der erneuerbaren Energien auch weiterhin gewährleistet ist. Außerdem müssen Bürgeranlagen und Genossenschaftsanlagen weiterhin am Markt präsent sein, damit die Risiken bei der Ausschreibung nicht zulasten dieser Anlagen gehen. Bayern war in dieser Frage initiativ. Wir haben am 22. April eine entsprechende Initiative in den Bundesrat eingebracht. Von Ihnen habe ich dazu nichts gelesen.

In diesem Zusammenhang geht es auch um die Korrektur der Ausschreibungsmöglichkeiten. PV-Anlagen auf dem Dach müssen an den Ausschreibungen teilnehmen. Eigenverbrauchsanlagen dürfen dabei aber nicht ausgeschlossen werden, wie das in dem Referentenentwurf vorgesehen ist.

Sie sagen selbst, dass unsere Potenziale zum einen in der Wasserkraft, zum andern bei der Biomasse liegen. Aus bayerischer Sicht ist es deshalb wichtig, unser Augenmerk darauf zu richten, dass sowohl die Wasserkraftanlagen als auch die Biogas- und Biomasseanlagen weiterhin am Wettbewerb teilnehmen können. Wir brauchen eine Anschlussfinanzierung für die bestehenden Anlagen und müssen dafür sorgen, dass diese Anlagen im EEG nicht hinten runterfallen. Diese Forderungen könnten Sie einbringen.

Im Bundeswirtschaftsministerium gibt es eine Ausschreibungsformel, mit der die Windkraft an Land weiter vorangebracht werden soll. Diese Formel ist auf den ersten Blick charmant; denn man könnte glauben, dass sie den vorgesehenen Ausbaukorridor berücksichtigt. Genau mit dieser Formel ist aber eine technologieneutrale Ausschreibung vorgesehen. Viele erneuerbare Energien werden damit vom Markt verdrängt, da die Windkraft anderswo genutzt wird, nicht im Binnenland Bayern. Die Stellschrauben, die Sie in Ihrem Dringlichkeitsantrag genannt haben, werden gerade auf anderer Ebene diskutiert.

Sehen wir uns einmal an, was Sie heute hier veranstaltet haben: Sie haben mit Zahlen jongliert und für einen Wirrwarr gesorgt. Sie haben verschachtelt, getrickst und getäuscht. Für die Energiewende in Bayern brauchen wir eine gemeinsame Datenbasis, die nicht von irgendjemandem, sondern von der Staatsregierung geliefert wird. Die Zahlen im Energieprogramm wurden neu definiert, da sie überholt sind. Es wurde Zeit, dass wir nachjustiert und auf der Grundlage des Energiedialogs belastbare und reelle Zahlen ermittelt haben. Wir müssen realistisch in die Zukunft gehen und dürfen den Leuten keine Versprechungen, Utopien oder Fiktionen liefern. Wir dürfen nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Deshalb brauchen wir diese Datengrundlage.

Diese Datengrundlage zeigt, dass wir nach wie vor Potenziale bei der Wasserkraft, der Biomasse, bei den PV-Anlagen und bei der Windenergie haben. Sie haben Speicher gar nicht genannt und die Elektromobilität genannt. Sie verkennen aber, dass der Freistaat Bayern bei diesen Themen sehr aktiv ist, gerade bei der Entwicklung neuer Speichertechnologien: Ich nenne das E-Bat-Projekt zur Entwicklung dezentraler stationärer Batteriespeicher. Das Fraunhofer-Institut entwickelt neue Polymer-Batterietechnologien. Die Einheiten werden kleiner und kompakter, die Reichweiten größer. Ich nenne außerdem die LOHC-Technologie, die mit der Brennstoffzelle eingesetzt werden kann, und das Technologie-Transfer-Zentrum in Bad Neustadt, das für die Elektromobilität im Freistaat Bayern sehr wesentlich ist. Dort werden unter anderem Batterie-Managementsysteme und Smart-Grid-Versionen entwickelt. Hier tut sich einiges.

Abschließend möchte ich auf die Dringlichkeitsanträge eingehen, zunächst auf den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER. In diesem Antrag wird sehr viel über die Energiewende und die erneuerbaren Energien philosophiert. Den Zusammenhang mit Tschernobyl konnte ich nicht herstellen und habe diesen Teil auch nicht verstanden. Ich stelle aber fest, dass dieser Antrag wenig Substanz hat und seine Begründung auf einer falschen Zahlenbasis basiert. Er kann beschrieben werden mit den Worten: Hätte, hätte, Fahrradkette. In diesem Antrag wird die Realität völlig ausgeblendet. Herr Glauber, seien wir einmal ehrlich: 21 Terawattstunden mehr – haben Sie sich einmal überlegt, was dies für die Akzeptanz der Energiewende in Bayern bedeuten würde? 35.000 Hektar mit Photovoltaik-Anlagen: Das entspricht 70.000 Fußballfeldern. Ihre Aussagen zur Biomasse würden bedeuten, dass 340.000 Hektar neue Maisfelder hinzukommen würden.Oder nehmen wir den Wind. Momentan haben wir in Bayern 937 Windkraftanlagen. Das würde bedeuten, dass man 5.385 Windkraftanlagen neu bauen müsste, wenn man den Netzausbau für die Verteilstrukturen berücksichtigt. Ich überlasse es Ihnen, wie Sie das erklären. Sie sind in Ihrem Antrag leider jede Erklärung schuldig geblieben, wie Sie das umsetzen wollen.

Ich denke, der Antrag der GRÜNEN geht in die gleiche Richtung und fordert 100 % erneuerbare Energien bis 2030. Das ist unrealistisch und reine Fiktion und verkennt die Realität. – Der Antrag der SPD ist eine schlechte Kopie des Antrags der GRÜNEN von der letzten Aktuellen Stunde am 07.04.2016. Ich denke, die Inhalte sind ausführlich und eindrucksvoll ausgetauscht worden. Da gibt es nichts Neues hinzuzufügen. Deswegen lehnen wir alle Anträge ab.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung der Kollegin Kohnen.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Kirchner, ich bin fast geneigt, den Herrn Glauber zu verteidigen. – Ich habe eine Frage. Sie unterstellen

uns allen, wir würden mit falschen Zahlen arbeiten. Auf eine Frage sind Sie überhaupt nicht eingegangen. Sie reden immer von einer erforderlichen gemeinsamen Datenbasis. Ja, eine solche bräuchten wir. Meine Frage ist: Wollen Sie in Zukunft die CO_2-Emissionen in Bayern so messen, wie es die anderen Länder tun, damit wir eine vergleichbare Datenbasis bekommen? Sind Sie bereit, endlich von der Quellenbilanz zur Verursacherbilanz überzugehen? – Das ist das eine.

Ich komme zu meiner zweiten Frage: Wir sprechen über eine klare Datenbasis. Sind Sie denn bereit, bei den Zahlen, die bei den Energieausbauzielen ganz klar anders bemessen wurden, nicht mehr vom Stromverbrauch auszugehen? – Sie haben die Stromerzeugung als Ansatzpunkt genommen. Früher war es andersherum. Das ist keine schöne Datenbasis. Wenn man eine gemeinsame, vergleichbare Datenbasis haben will, auch in Bezug auf das Jahr 2011 mit Fukushima, dann dürfen Sie die Datenbasis nicht innerhalb weniger Jahre verändern, weil dann nichts mehr vergleichbar ist. Wir wünschen uns von Ihnen eine mit den anderen Bundesländern und dem Bund vergleichbare Datenbasis.

Eines liegt mir noch auf der Zunge: Sie werfen den GRÜNEN vor, sie dächten utopisch, weil sie zu 100 % erneuerbare Energien fordern. Ich habe Ihnen gesagt – diesbezüglich lautete auch meine Frage an Herrn Stümpfig –, dass das nicht darauf bezogen ist, alles in Bayern zu erzeugen. Insofern hätten Sie sich diese sonderbare Rechnung, die Sie aufgestellt haben, sparen können.

Sandro Kirchner (CSU): Ich fange von hinten an. Sie haben eine wesentliche Kenngröße weggelassen. Meine Aussage in Richtung der GRÜNEN lautete, dass 100 % erneuerbare Energien bis 2030, wie es im Antrag formuliert worden ist, aus meiner Sicht eine Utopie sind. Deswegen hätte man dort realistische Ziele definieren sollen. – Sie haben gefragt, was schön wäre.

(Natascha Kohnen (SPD): CO_2!)

– Ja, da komme ich gerade dazu. Sie haben gefragt, was schön wäre. Ich denke, wesentlich ist nicht, was schön ist, sondern was zielführend und relevant ist.

(Natascha Kohnen (SPD): Was vergleichbar ist!)

Wenn eine Datenbasis so aufgebaut wird, wie es im Energieprogramm festgeschrieben worden ist, dann hat das durchaus Sinn, weil sie den aktuellen Zustand im Freistaat Bayern, für den ich hier verantwortlich spreche, zugrunde legt. Wenn Ihnen ein Vergleich große Probleme bereitet, bleibt es natürlich Ihnen überlassen, diese Daten umzurechnen, damit Sie sie mit dem Energieprogramm vergleichen können.

(Natascha Kohnen (SPD): Das haben wir gemacht! Es kamen andere heraus, die dann richtig waren!)

– Ja, dann ist es Ihr Problem, wenn Sie sie nicht vergleichen können oder nicht vergleichen wollen oder nicht interpretieren können. Insofern kann ich Ihnen an dieser Stelle, so gerne ich es möchte, Frau Kohnen, auch mit einem Lächeln nicht weiterhelfen.

(Beifall bei der CSU – Natascha Kohnen (SPD): CO_2-Bilanz?)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Sie müssen aber bitte weiter am Rednerpult bleiben. Wir haben eine weitere Zwischenbemerkung, und zwar vom Kollegen Glauber.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Die liebe Kollegin Kohnen hat gedacht, sie müsste uns verteidigen. Das machen wir selbst. Kollege Kirchner, Sie fragen, was Tschernobyl mit unserem Antrag zu tun hat. Das ist ganz klar. Wir haben Ihnen in dem Antrag aufgezeigt, dass Sie kein Ziel beim Ausbau der erneuerbaren Energien mehr haben. Sie haben als Staatsregierung und als CSU-Fraktion beim Ausbau der erneuerbaren Energien kein Ziel mehr.

(Unruhe)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte doch um etwas Ruhe. Der Redner versteht sonst nicht richtig, welche Fragen gestellt werden.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sie haben keine Ziele beim Ausbau im Bereich Wärme und im Bereich Mobilität. Das muss man ganz klar sagen. Kollegin Kohnen fragte, was unsere Einsparziele sind. Wir haben ganz klare Einsparziele genannt. Wir haben im Haushalt und im Nachtragshaushalt Energieeinsparmaßnahmen für die 8.000 staatlichen Gebäude genannt. Wir haben Ihnen ganz klare Vorschläge für die kommunalen Gebäude gemacht. Sie sind ihnen nicht gefolgt.

Sie sprechen vom E-WALD-Projekt. Ich habe eine Schriftliche Anfrage an das Haus hier gemacht. Im Jahr 2015 gab es 2.800 Fahrzeuge in staatlicher Zuständigkeit. Wissen Sie, wie viele Elektromobile darunter waren? – 16. Sie können gern von E-WALD-Programmen mit 80 Millionen Euro Budget sprechen. Wir haben die Bürger als Vorbild, die schon lange Energiewende betreiben. In dieser Anfrage kommt heraus, dass bei Kommunen und Bezirken über 250 E-Mobile fahren; aber dem Freistaat Bayern ist es nicht möglich, E-Mobile zu fahren. Es ist ziemlich zynisch, sich dann hier herzustellen. Wir haben Ihnen klare Beispiele genannt und Sie zum Handeln aufgefordert; aber Sie wollen dem nicht folgen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sandro Kirchner (CSU): Herr Kollege Glauber, ohne das irgendwie abzuwerten: Das ist ein bisschen hanebüchen. Erstens habe ich nicht von E-Bike gesprochen. Ich habe auch nicht vom E-WALD-Programm gesprochen. Ich weiß nicht, wie Sie da zugehört haben.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): E-WALD habe ich gehört!)

– Nein, das habe ich nicht gesagt. Ich habe von der Elektromobilität in Bad Neustadt und vom Technologietransferzentrum gesprochen. Ich habe von den Batteriespeichern

gesprochen, die entwickelt werden, E-Bat, nicht E-WALD. Der Freistaat Bayern steckt 80 Millionen Euro in die Grundlagenforschung zur Entwicklung von Speichertechnologie, die Sie genau für Ihre erneuerbaren Energien einsetzen können. Es wäre wichtig, sich ein bisschen zu informieren, sich einzuarbeiten und einzulesen. Dann wäre Ihnen bei der Argumentation geholfen, und wir könnten uns vieles ersparen.

(Zuruf des Abgeordneten Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER))

Ich komme auf Ihren Antrag zurück. Ich weiß nicht, welchen Sie gelesen haben. Ich habe den Antrag gelesen, den Sie eingereicht haben. Da steht "Tschernobyl" in der Überschrift, aber keine weitere Ausführung dazu. Deswegen habe ich mir erlaubt, die Frage zu stellen. Ich weiß nicht, was das mit Tschernobyl zu tun hat. Stimmen wir darin überein, dass das an dieser Stelle gar nicht begründet ist!

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nun hat Frau Staatsministerin Aigner um das Wort gebeten.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich sehr, dass wir heute erneut über dieses Thema sprechen können. Ich glaube wie der Kollege Kirchner, dass das Thema Tschernobyl nicht im Vordergrund steht. Über dieses Thema haben wir Anfang April schon gesprochen. Von der Staatsregierung gibt es das klare Bekenntnis, dass wir zu dem Ausstieg aus der Atomenergie stehen, dass wir aber auch bei den verabredeten Ausbauplänen bzw. den verabredeten Zeitplänen bleiben, weil wir einen kalkulierbaren Ausstieg brauchen.

Am gestrigen Tag ist noch mehr passiert. Gestern wurde der Fonds bzw. die Kalkulierbarkeit des Abbaus beschlossen, und zwar in Übereinstimmung mit der Kommission. Ich finde, das ist auf alle Fälle ein gutes Zeichen, weil damit Kalkulierbarkeit sowohl für die Bürger in Bezug auf die Mittelsicherung als auch für die Firmen vorhanden ist, für

die das stemmbar sein muss. Wir sollten das als nicht zu gering einschätzen, dass wir das einstimmig hinbekommen haben.

(Unruhe)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Entschuldigung, Frau Ministerin. – Ich bitte um etwas Ruhe.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Das ist das eine. – Das zweite ist der Ausstieg. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich blende zunächst zurück. Die Basis für das, was wir vorgelegt haben, wurde im Energiedialog gelegt, wo sich viele Experten über Stunden hinweg lange und intensiv Gedanken darüber gemacht haben, was in Ausbauzielen realistisch zu fassen ist. Das war nicht allein unsere Idee. Da waren alle Seiten beteiligt. Die Atomkommission war übrigens, nebenbei bemerkt, auch dabei. Alle Seiten waren beteiligt. Deswegen haben wir das nicht nach dem Motto "Wünsch dir was" niedergeschrieben, sondern danach, was realistisch ist.

Ich sage gerne etwas zu dem "Wünsch dir was". Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum einen baut der Staat keine Energieanlagen, das heißt, wenn ich etwas in ein Energieprogramm reinschreibe, muss irgendeiner bauen. Das sind Investoren, in der Regel Privatleute, deren Anlagen entweder über das EEG oder zukünftig über eine Ausschreibung finanziert werden, weil sie am Markt alleine noch nicht überlebensfähig sind. Das wissen Sie genauso gut wie ich. Sie müssen über das EEG bzw. über eine Ausschreibung bezuschusst werden. Deswegen haben wir uns die einzelnen Sparten angeschaut. Ich war erst gestern anlässlich der Verhandlungen über das EEG im Kanzleramt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in vielen Bereichen eine Umstellung. Ich fange beim Wind an, weil er in diesem Zusammenhang beliebt ist. Beim Wind erfolgt die Regelung in der Zukunft über Ausschreibungen. Ausschreibung bedeutet, wer den günstigsten Preis anbietet, bekommt den Zuschlag. Wir kämpfen jetzt erstmal dafür, überhaupt noch Referenzertragsmodelle zu bekommen, die in Bayern einen Zubau er-

möglichen. Das hat gar nichts mit 10 H zu tun, sondern damit, ob unsere Standorte gegenüber den windstarken norddeutschen Standorten überhaupt wettbewerbsfähig sind.Wir kämpfen dafür, dass im Süden überhaupt ein Zubau möglich ist, weil wir uns sonst wieder über die Netzpläne beugen müssten. Die Planung zielt darauf ab, einen Anteil von 30 % erneuerbaren Energien in Süddeutschland – dazu zähle ich Baden-Württemberg – zu erreichen. Es bringt aber nichts, den Zubau dort voranzutreiben, wo keine entsprechenden Leitungen mehr vorhanden sind. Sinnvoller ist es, einen Mechanismus zu entwickeln, der einen Zubau in Süddeutschland und damit auch in Bayern ermöglicht.

Zweitens. Wir erleben eine Umstellung. Auch im Bereich der Photovoltaik wird künftig ausgeschrieben. Vielleicht haben das noch nicht alle mitbekommen. Nicht mehr der Staat legt fest, wer wie viel Cent pro Kilowattstunde bekommt, sondern der Markt soll entscheiden; dann kommt das günstigste Angebot zum Zuge. Wir haben bereits Höchstpreisstandorte. Wir kämpfen dafür, künftig überhaupt noch die Möglichkeit zu haben, Freiflächen für die Photovoltaik anzubieten. Ich bin gespannt, ob ich alle an meiner Seite haben werde, wenn darüber diskutiert wird, ob benachteiligte Flächen mit Freiflächenanlagen bebaut werden können. Das Ergebnis der jüngsten Ausschreibung ist nämlich, dass wir dann wieder konkurrenzfähig wären. Wir konnten 37 % der Ausschreibungen nach Bayern holen. Ich bin gespannt, ob alle an meiner Seite sind, wenn es gilt, darum zu kämpfen.

Der dritte Punkt betrifft die Biomasse. Liebe Freunde, was das angeht, stehe ich total allein da.

(Zuruf von der SPD: Zu Recht!)

Ich stehe gegen die GRÜNEN und gegen die SPD, gegen fast alle. Aber Biomasse ist eine Quelle der Wertschöpfung. Wenn wir hier nichts dafür tun, erfolgt der Rückbau. Ich kann es zum tausendsten Mal wiederholen: Biomasse ist die einzige Quelle erneuerbarer Energie, die gleichzeitig steuerbar und speicherbar ist. Weder Windenergie

noch Energie aus Photovoltaik ist steuerbar und speicherbar. Deshalb werden wir weiter für die Biomasse kämpfen.

(Beifall bei der CSU)

Vierter Punkt – Wasser. Ich bin gespannt, ob alle heldenhaft an meiner Seite stehen werden, wenn es um den ökologisch verträglichen Ausbau der Wasserkraftnutzung geht. Wir haben vor zwei Wochen im Kabinett beschlossen, gemeinsam mit Österreich den Ausbau der Anlagen an der Salzach voranzutreiben, und zwar dort, wo ohnehin ein Querbauwerk notwendig ist. Es geht nicht darum, dass wir per se etwas Neues bauen wollen, sondern nur wir wollen nur dort neu bauen, wo es notwendig ist. Auch in dieser Frage hoffe ich auf Begleitschutz von allen, die sich sonst so deutlich für den weiteren Ausbau der Wasserkraftnutzung aussprechen. Ein weiteres Beispiel: Wir wollen neue Projekte, die zum Beispiel fischverträglich sind, ausprobieren.

Ich habe Ihnen vier wesentliche Punkte dargelegt. Es bleibt dabei: Ich kann in ein Programm schreiben, was ich will. Ich brauche Investoren, die unter den jetzigen Marktbedingungen sagen: Ich packe an und investiere etwas! – Die Bereitschaft dazu hat etwas mit den Rahmenbedingungen zu tun. Auch wenn Sie diese Debatte hier noch 25 Mal wiederholen, bleibt es dabei, dass die Rahmenbedingungen in Berlin festgelegt werden. Dort liegt nämlich die Zuständigkeit für das EEG. Sie können sich darauf verlassen, dass die bayerische Wirtschafts- und Energieministerin dafür kämpft, dass die Wertschöpfung auch zukünftig in Bayern erfolgt. Das ist meine Aufgabe. Dafür kämpfe ich.

(Beifall bei der CSU)

Wir, der Freistaat Bayern, haben uns besonders intensiv dafür eingesetzt – und tun das noch –, dass Bürgerenergieanlagen auch künftig eine Chance haben. Auch in dieser Frage stehe ich ziemlich allein da.

(Natascha Kohnen (SPD): Alle Bundesländer setzen sich dafür ein!)

– Ja, ja. Aber wir haben es initiiert. Glauben Sie mir das, Frau Kohnen. Wir haben aber viele Mitstreiter gewonnen. Am vergangenen Freitag konnten wir sogar eine Mehrheit im Bundesrat erzielen. Ausgangspunkt war unsere Initiative. Wir kämpfen weiter. Das ist richtig so. Ich freue mich über jeden Mitkämpfer. Auf der Bundesebene sehe ich bisher keine Unterstützung. Wir werden, wie gesagt, weiterkämpfen.

(Natascha Kohnen (SPD): Die Länder!)

– Ich sagte, dass wir auf der Bundesebene noch keine Unterstützung gefunden haben. Ich kämpfe natürlich dafür, dass wir sie noch erhalten. Deshalb saß ich gestern Abend – leider! – nicht beim Maibockanstich, sondern im Bundeskanzleramt, um über das EEG zu verhandeln. Das ist der Unterschied, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Minister Söder hatte Zeit für so etwas!)

In der heutigen Debatte sind zu Recht weitere Themen angesprochen worden. Gestern ist eine Einigung über die Förderung der Elektromobilität erzielt worden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern, wir saßen mit der Automobilindustrie – ich kann es konkreter sagen: mit BMW und Audi – zusammen und entwickelten die Blaupause für das, was gestern beschlossen worden ist. Die Begeisterungsstürme in den Medien halten sich bisher übrigens in Grenzen.

Die gestern erzielte Einigung enthält im Wesentlichen folgende Punkte: Wir bauen die Infrastruktur aus; insoweit werden wir – das sage ich schon heute – in Bayern wahrscheinlich noch mehr tun müssen. Wir gewähren eine Prämie, die zu gleichen Teilen von der Industrie und vom Staat gezahlt wird. Auch das folgt unserer Blaupause. Nicht zuletzt setzen wir Anreize, insbesondere dadurch, dass der Arbeitnehmer, wenn er beim Arbeitgeber "tankt", den dadurch erzielten geldwerten Vorteil nicht versteuern muss. Grundlage für die einzelnen Beschlusspunkte waren, wie gesagt, unsere Blaupausen. Was die Beschaffung durch den Freistaat Bayern angeht, so wollen wir den Bestand an Elektroautos auf 20 % erhöhen, sofern das möglich ist.

Angesichts all dessen können Sie von der Opposition nicht behaupten, wir täten nichts. Es bleibt bei der Feststellung: Wenn nicht von Bayern die Initiative ausgegangen wäre, wäre gestern gar nichts passiert. Das sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit. Das Ergebnis ist auch Folge unseres Drucks. Diese Einschätzung wird Ihnen die Automobilindustrie bestätigen.

Warum haben wir uns überhaupt für ein Prämienmodell entschieden? – Wir haben jahrelang über ein steuerliches Modell zur Förderung der energetischen Gebäudesanierung diskutiert. Auch was das angeht, warte ich immer noch auf brennende Unterstützung durch die anderen Länder. An denen liegt es nämlich. Wir sind uns sofort einig, dass ich nicht noch das letzte Prozent bei der EnEV herausquetschen muss, wenn ich auf der anderen Seite riesige Potenziale im Bestand habe. Herr Glauber, insoweit sind wir uns sofort einig. Wie oft haben wir es versucht! Das Problem war immer, dass die Länder sich zwar grundsätzlich für eine steuerliche Förderung ausgesprochen, aber zugleich die Gegenfinanzierungsfrage aufgeworfen hatten. Da ist es übrigens wurscht, ob sie von Grün oder von Rot regiert werden. Als Beispiel für eine Gegenfinanzierung wurde die Streichung des Handwerkerbonus ins Gespräch gebracht. Man könnte sich aber noch viel mehr ausdenken. Das wollten wir vermeiden, weil es sich um eine Steuererhöhung gehandelt hätte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kämpfen an allen Fronten. Aber Sie von der Opposition basteln an irgendwelchen Zahlengebäuden herum. Das ist für meine Begriffe lächerlich. Ich wünsche mir von Ihrer Seite mehr Unterstützung.

(Beifall bei der CSU)

Abschließend noch eine Bemerkung zu Ihren Ausführungen, Frau Kohnen. Ich schätze Sie durchaus. Aber wenn Sie behaupten, wir verwendeten hier andere Zahlen, dann bitte ich Sie, sich die Zahlen der anderen Bundesländer genau anzuschauen. Übrigens stellt auch der Bund beim Strom auf die Erzeugung ab, nicht auf den Verbrauch. Insofern können Sie uns nicht vorwerfen, dass wir etwas gemacht haben, was

die anderen schon vollzogen haben. Insoweit wünsche ich mir von Ihnen mehr Redlichkeit. Sie sollten nicht behaupten, wir würden tricksen und täuschen; denn das ist falsch. Wir liefern vielmehr eine realistische Einschätzung. Wir treiben die Energiewende voran. Ich bleibe dabei: Wir sind auch in Sachen Energiewende Spitzenreiter. Wir vertreten die Interessen Bayerns. Das ist manchmal nicht ganz einfach gegen die Mehrheit derjenigen, die in anderen Ländern sitzen. – Danke schön.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte bleiben Sie am Rednerpult, Frau Ministerin! Es gibt eine Zwischenbemerkung.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Ah, der Herr Stümpfig.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Wir haben noch eine Zwischenbemerkung von Kollegen Stümpfig.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Gern.

Martin Stümpfig (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Aigner, in einem Punkt kann ich Sie beruhigen: Sie haben gestern beim Maibockanstich nichts verpasst.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Ach so?

Martin Stümpfig (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Gerade beim Kollegen Söder.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU: Ah!)

Zum Thema: Hier ist der Eindruck erweckt worden, Sie kümmerten sich um das Große und wir um das Kleine. Das Große beim EEG ist momentan die Grenze von 45 %. Sie, Frau Ministerin, kümmern sich anscheinend um die Biogasanlagen; aber diese haben nur einen kleinen Anteil an der Stromerzeugung. Setzen Sie sich dafür ein, dass die

Grenze – maximal 45 % bis 2025 – nicht kommt? – Das wäre in keiner Weise mit den Klimaschutzzielen vereinbar.

Der Referenzertrag für Windkraftanlagen in Bayern muss auf 60 % abgesenkt werden. Haben Sie insoweit etwas Positives zu berichten?

Was die gemeinsame Quote angeht, so werfen Sie in Bezug auf die erneuerbaren Energien alles in einen Topf; dies betrifft auch den 30-%-Anteil in Süddeutschland. Das wird so nicht funktionieren, weil es getrennte Ausschreibungen geben wird. Wir GRÜNEN sind komplett gegen Ausschreibungen in diesem Bereich. Jedenfalls passt insoweit das eine nicht mit dem anderen zusammen.

Vielleicht können Sie Ihrem Kollegen Kirchner noch erklären, was es mit der "Utopie" auf sich hat. Wenn wir wie jeweils in den vergangenen drei Jahren in jedem Jahr 1,5 Terawattstunden Photovoltaik plus Windkraft zubauen, dann werden wir im Jahr 2030 einen sehr hohen Anteil erreichen und von unseren Zielen nicht mehr weit entfernt sein. Die Ziele sind gut erreichbar, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Dazu gehört es, dass Sie alles dafür tun, dass die Kohlekraft endlich aus dem Netz gedrückt wird. Wir haben hier im Landtag mehrere entsprechende Anträge gestellt. Ich verstehe nicht, dass sich die Bayerische Staatsregierung unseren Anträgen zum Ende der Kohlenutzung nicht angeschlossen hat. Darüber kann ich wirklich nur den Kopf schütteln.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Noch eine Frage zur Wärmewende: Was tut Bayern dafür? Wo stehen wir insoweit? Wir können doch nicht behaupten, mit dem 10.000-Häuser-Programm sei alles erreicht worden. Der Stromverbrauch hat um 20 % zugenommen. Auch beim Wärmeverbrauch verzeichnen wir einen Anstieg. Ihr Haus schafft es aber nicht einmal, Zahlen zu den Heizungsanlagen in Bayern zu liefern. Bitte liefern Sie uns eine anständige Zahlenbasis!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Herr Stümpfig, es tut mir leid, ich habe nicht alles mitschreiben können, weil ich keinen Stift dabei habe. Ich hoffe, ich habe mir das eine oder andere gemerkt. Das eine war die Frage nach dem Ausbauziel. – Wir werden uns an den Koalitionsvertrag halten, und ich nenne Ihnen auch den Grund: Dem Koalitionsvertrag liegt auch ein Netzentwicklungsplan zugrunde. Was heute im Norden an Windenergie produziert wird – ich spreche ausdrücklich nicht von Kohle oder anderen fossilen Brennstoffen –, das kann schon heute nicht abtransportiert werden. Diese Windenergie wird vielmehr bezahlt und weggeworfen. Das zahlen Sie aber über die Preise mit.

(Jürgen W. Heike (CSU): Aha! – Unruhe bei der CSU)

Das müssen Sie den Leuten auf Dauer dann auch erklären. Ich halte das nicht für eine sinnvolle Politik. Wir bleiben deshalb bei den Zielen und versuchen, die auch vernünftig auszubauen, und zwar nicht nur im Norden, sondern auch im Süden. Da ist mir auch jede erneuerbare Energie recht, damit sich die Verteilung letztendlich dann auch am Netzentwicklungsplan orientiert.

Das war das eine. Was hatten Sie jetzt noch gesagt?

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Referenzertragsmodell!)

– Referenzertragsmodell, genau. Sie haben so viele Fragen gestellt. – Wir setzen uns für 70 % ein. Für Bayern ist das auf alle Fälle eine Möglichkeit, das voranzubringen. Das wollen wir auch, und dafür kämpfen wir auch. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Außerdem bin ich für Ausschreibungen. Das ist das bessere Modell.

Nochmal zu den Grundsätzen, lieber Herr Stümpfig, zunächst zum EEG: Die Solarenergie war eine Technologie, deren Markteintritt man befördern musste. Man wollte keine Dauersubvention. Jetzt sind wir im Jahr 16 des EEG. Wir haben mit riesigen Preisen begonnen. Mit der Förderung haben wir auch entsprechend gute Effekte er-

zielt, weil die Preise schlicht und ergreifend günstiger geworden sind. Man kann die Förderung aber nicht auf Dauer fortführen, ohne auf die Kosten zu schauen. Das sollten Sie nämlich dann auch den Verbrauchern erklären und der Wirtschaft, für die ich letzten Endes auch Sorge trage.

Auch die Einsparung, Herr Stümpfig, haben wir beim Energiedialog rauf und runter diskutiert. Wenn Sie in Ihrem Antrag fordern, der jährliche Stromverbrauch solle um eine Terawattstunde gesenkt werden, dann müssen Sie auch ehrlich die Konsequenzen nennen. Wir brauchen uns dann nicht mehr über Elektromobilität zu unterhalten, weil dadurch mehr Strom verbraucht wird und nicht weniger. Dann brauchen wir uns auch nicht mehr über Wärmepumpen unterhalten, weil auch diese mehr Stromverbrauch bedeuten; das gilt auch für viele andere Technologien. Das wissen Sie doch genau. Dabei rede ich noch gar nicht davon, dass wir in Bayern die gute Situation haben, dass die Menschen zu uns kommen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Auch die Wirtschaft floriert bei uns. Ein Betrieb wie beispielsweise die Firma Wacker braucht so viel Strom wie ganz München. Sagen Sie doch bitte der Firma Wacker, sie soll das bleiben lassen. Dann sagen Sie den Menschen in der Region aber auch, dass in Zukunft die Arbeitsplätze dort gefährdet sind. Ich halte das nicht für eine sinnvolle Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Zunächst lasse ich in einfacher Form abstimmen, dann kommen zwei namentliche Abstimmungen. Ich beginne mit dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/11217, das ist der Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Wer hier seine

Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Das sind die FREIEN WÄHLER. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Jetzt rufe ich den Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/11193 zur namentlichen Abstimmung auf; das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bei dieser Abstimmung beginnen wir mit fünf Minuten, die nächste namentliche Abstimmung ist dann mit drei Minuten. Wir beginnen jetzt. –

Noch eine Minute.

(Namentliche Abstimmung von 14.43 bis 14.48 Uhr)

So, die Abstimmung ist geschlossen. Wir zählen außerhalb des Sitzungssaales aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit. Wir treten jetzt in die nächste Abstimmung ein, ebenfalls in namentlicher Form über den Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/11218; das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Drei Minuten. – Noch eine Minute.

(Namentliche Abstimmung von 14.49 bis 14.52 Uhr.)

Die Abstimmung ist geschlossen. Wir zählen wieder außerhalb des Sitzungssaales aus.

(...)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bevor ich in der Tagesordnung weiterfahre, gebe ich jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Glauber und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Endlich Lehren aus Tschernobyl ziehen – Bayerische Ausbauziele bei Erneuerbaren Energien deutlich erhöhen", Drucksache 17/11193, bekannt: Mit Ja haben

66 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein 72. Stimmenthaltungen keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Bei der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Kohnen, Karl und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Lehren aus 30 Jahren Tschernobyl – Ambitioniertere Klima- und Energiepolitik ohne Heranziehen von euphemistischen Zahlengrundlagen", Drucksache 17/11218 haben mit Ja 63 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein 72. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 28.04.2016 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Endlich Lehren aus Tschernobyl ziehen - Bayerische Ausbauziele bei Erneuerbaren Energien deutlich erhöhen (Drucksache 17/11193)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus			
Bocklet Reinhold			
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. **Förster** Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. **Goppel** Thomas			
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. **Kränzlein** Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. **Magerl** Christian	X		
Dr. **Merk** Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth			
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter			
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. **Rabenstein** Christoph			
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. **Reichhart** Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard			
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold			
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin			
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. **Söder** Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter			
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. **Vetter** Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard			
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	66	72	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 28.04.2016 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Annette Karl u. a. und Fraktion SPD; Lehren aus 30 Jahren Tschernobyl - Ambitioniertere Klima- und Energiepolitik ohne Heranziehen von euphemistischen Zahlengrundlagen (Drucksache 17/11218)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus			
Bocklet Reinhold			
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. **Förster** Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. **Goppel** Thomas			
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann			
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. **Kränzlein** Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. **Magerl** Christian			
Dr. **Merk** Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth			
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter			
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. **Rabenstein** Christoph			
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. **Reichhart** Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans			
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard			
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold			
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin			
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. **Söder** Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter			
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. **Vetter** Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard			
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	63	72	0